

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 45 – Entwicklung der Stromnetze in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 137.11 / 25.02.2011**

## Wir müssen beim Netzausbau Gas geben

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

Für mich steht bei der Bewertung beim Thema Ausbau der Stromnetze zunächst der Mangel an Transparenz im Vordergrund. Die Stromnetze gehören privatwirtschaftlichen Unternehmen. Trotzdem sind sie keine Privatangelegenheit. Vielmehr sollen Stromnetze als quasi öffentliche Infrastruktur der Allgemeinheit dienen. Zwischen dem freien Markt der Stromerzeugung und dem freien Markt der Stromverbraucher steht das Netz, auf das alle Marktakteure angewiesen sind. Daher redet man von einem natürlichen Monopol.

Stromnetzbetreiber, die gleichzeitig Stromerzeuger oder Händler sind, unterliegen bei der Bewirtschaftung ihrer Netze einem ständigen Anreiz zur Eigenbegünstigung. Das eine Diskriminierung anderer Marktteilnehmer zur Folge, die mit dem Verbundunternehmen Netzbetreiber eben nicht verbunden sind.

Wir fordern daher nicht nur die Rekommunalisierung der lokalen Netze, sondern alle Stromnetze sollen als notwendige Infrastruktur der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand übertragen werden. Wir wollen Netze in Bürgerhand.

Stattdessen setzen sich Landes- und Bundesregierung auf den Schoß der großen Energieunternehmen und bedienen deren Interessen. Der Ausbau der Stromnetze wird fast ausschließlich von den Netzbetreibern selber geplant. Ihre Daten rücken sie nicht

raus.

Die Landesregierung hat keine eigenen Daten. Sie fragt die Daten auch nicht ab. Wenn das Netz überlastet ist, werden Erzeuger von erneuerbaren Energien, wie zum Beispiel Windmühlen zwangsabgeschaltet. Unsere Kleine Anfrage, wer wann wo abgeschaltet wurde und wie viel Kilowattstunden Ökostrom nicht den Weg zum Verbraucher fanden, konnte die Landesregierung schlicht nicht beantworten. Das Ergebnis lautet: Bisher verläuft der Netzausbau im Schneckentempo. Die Entwicklung der Erneuerbaren wird ausgebremst.

EON hat für den Mittelspannungs- und Niederspannungsbereich in den letzten fünf Jahren ganze 20 Millionen Euro investiert, das sind vier Millionen im Jahr - fast nichts. Tennet und Vorgänger investierten 17 Millionen, also auch fast nichts. Erzeuger von erneuerbaren Energien müssen deshalb ihre Interessen selbst in die Hand nehmen: So wurde wegen des großen Repoweringprojektes WP Fehmarn-Mitte von den Investoren ein eigenes neues Umspannwerk gebaut und eine 110-kV-Erdleitung unter dem Fehmarnsund bis zum Umspannwerk Göhl gebaut. Die Windmüller konnten es, der zuständige Netzbetreiber nicht. Die Dithmarscher Windmüller wollten neben das Umspannwerk Hemme ein Zweites bauen. Als alles geplant und finanziert war, erklärt Eon plötzlich, dass sie das selber machen wollen. Die Beispiele lassen sich fortsetzen.

Offensichtlich ist: Es muss zügig vorangehen mit dem Netzausbau. Wie geht denn schneller Netzausbau? Ein Zitat aus der Pressemitteilung der Landesregierung unter der Überschrift "Stromnetz in Schleswig-Holstein wird für den Windstrom fit gemacht": „Das Stromnetz in Schleswig-Holstein muss auf der Ebene der 380- und 110-Kilovolt-Leitungen auf einer Länge von mehreren hundert Kilometern um- und ausgebaut werden. Betroffen sind dabei insbesondere die Westküste und der südöstliche Bereich des Landes“. Warum fehlt dann in dem Netzbericht dieses Engagement?

Daher unsere Forderung: Unverzögliche Planung zur Umrüstung der 110-kV-Leitung Niebüll-Brunsbüttel auf 380 Kilovolt. Dazu gehört eine frühzeitige Einbeziehung und Information der Bevölkerung. Mögen die Maßnahmen im Einzelnen auch etwas teurer sein. Allein die schnellere Durchführung, etliche Jahre Zeitgewinn statt bewusstes auf die Lange Bank schieben, bringt einen volkswirtschaftlichen Nutzen, der den Mehraufwand weit überwiegt.

Das gilt auch für die grüne Forderung 110 Kilovolt grundsätzlich als Erdkabel ausführen. Wir müssen die Möglichkeiten des Freileitungsmonitorings ausschöpfen. Das bringt bis 50 Prozent mehr Netzkapazität im Norden. Wir wollen das durch Temperaturmessung an der Leitung: Statt Wetterdaten im Netzgebiet konkrete Messdaten am Mast, an der Leitung, am Umspanner.

Wir werden das Thema Netzausbau und Netzverstärkung intensiv weiterverfolgen und wir freuen uns auf die Vertiefung des Themas im Ausschuss. Das Ziel heißt 100 Prozent, Schleswig-Holstein wird ein Exportland für sauberen Strom. Daher müssen wir beim Netzausbau Gas geben. Dazu muss die Landesregierung den Fuß von der Brem-

se nehmen. Wir sind das der mittelständischen Wirtschaft der erneuerbaren Energien schuldig.

\*\*\*